

Hoher Gast ohne Wirkung: Europa-Funke springt nicht über

Sachsens Regierungssprecher referierte gestern vor Gymnasiasten über die Europäische Union. Kritik am Vortrag wurde laut.

VON HEIKE HUBRICHT

FREIBERG – Vertane Chance: 90 Minuten hat Johann-Adolf Cohausz gestern vor 50 Elftklässlern im Beruflichen Schulzentrum „Julius Weisbach“ über die Europäische Union gesprochen. Doch der Sprecher der sächsischen Regierung konnte die jungen Leute nicht begeistern. Vielmehr zeigte sich in seinem Referat zum Europatag das Dilemma des Staatengebildes: Jeder weiß, dass die EU wichtig ist, trotzdem bleibt sie fern und nicht greifbar.

Genauso war es bei der Veranstaltung. „Es war langatmig. Cohausz hat um den heißen Brei herumgeredet“, sagte Hendrik Kalinke. Sein Mitschüler Nick Scheider ergänzte:

„Der Vortrag war sehr geschichtslastig.“

In Rhetorik zweifelsohne aufs Beste geschult, vermittelte der frühere Generalkonsul von Dubai 70 Minuten lang jede Menge Lexikonwissen, aber keine interessanten Details. Auffallend: Sobald es konkreter wurde, geriet der Staatssekretär ins Rudern. Beispielsweise als er auf die Europäische Menschenrechtskonvention einging, die festlegt, „dass niemand so einfach vom Staat weggesperrt werden darf“, wie Cohausz sagte. Ohne richterlichen Beschluss sei eine Inhaftierung nur noch kurzzeitig möglich: „Inzwischen sind es drei Tage, glaube ich.“ Laut Artikel 5 der Menschenrechtskonvention müssen festgenommene Personen „unverzüglich einem Richter vorgeführt“ werden. In der Bundesrepublik ist eine Festnahme ohne richterlichen Beschluss für 48 Stunden oder bis zum Ende des nächsten Tages möglich.

Ausweichend antwortete Cohausz auf die Frage, welche Konsequenzen die Wahl des neuen französischen Präsidenten hat. „In 14 Ta-

gen wird kein Mensch mehr von dem Regierungswechsel reden, zumindest was die Europapolitik betrifft“, erklärte der 65-Jährige. „François Hollande ist ein Musterschüler Mitterrands. Und der war einer der überzeugtesten Europäer.“ Es folgte ein 15-minütiger Exkurs zu dem früheren Regierungschef.

Eine Frage blieb ganz unbeantwortet: „Wird das Geld, das Sachsen spart, weil Lehrer fehlen und demzufolge nicht bezahlt werden müssen, anderswo in der Bildung eingesetzt?“, wollte eine Lehrerin wissen. „Was hat das denn mit Europa zu tun?“, erwiderte der sächsische Regierungssprecher. Letztlich würden

alle Einnahmen und Ausgaben in einem Zusammenhang stehen. Auch auf die Frage nach einem einheitlichen Bildungssystem in Deutschland und Europa wick Johann-Adolf Cohausz aus.

Wenigstens die letzten 20 Minuten wurden spannend. Da warb der gebürtige Paderborner für einen Aufenthalt im Ausland und die verschiedenen Austausch-Förderprogramme wie Da Vinci und Comenius – und seine Begeisterung wirkte echt. „Es gibt nichts Bereichernderes, als andere Länder und deren Kulturen kennenzulernen: Egal ob es Lettland, Russland, Afrika, Südamerika oder die USA sind. Sie werden mit erweitertem Horizont zurückkehren.“ Im 17./18. Jahrhundert hätten alle Gelehrten die Sprache der Nachbarländer gekannt. Ob es denn am BSZ tschechische Lehrer gebe? „Nein, aber wir hatten vor 14 Tagen zehn Lehrer aus Tschechien zu Besuch“, sagte der Schulleiter. Nach der gestrigen Schulstunde resümierte Frank Wehrmeister: „Schade, dass ein echter Dialog erst im letzten Teil zu Stande kam.“



EU als Thema: Der sächsische Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz referierte gestern vor Elftklässlern im BSZ „Julius Weisbach“. FOTO: E. MILDNER

KOMMENTAR

Politischer Fauxpas



VON HEIKE HUBRICHT
heike.hubricht@freiepresse.de

Mit Zahlen und Fakten allein kann man keinen hinter dem Ofen hervorlocken. Schon gar nicht, wenn es um ein Konstrukt wie die Europäische Union geht. Vielmehr kommt es auf Bilder, auf Emotionen an. Johann-Adolf Cohausz verblüffte gestern seine Zuhörer. Allerdings nicht mit Wissen, sondern mit Ignoranz. Wie kann Sachsens Regierungssprecher die Frage nach fehlenden Lehrern und Geldern mit der Frage kontern, was dies denn mit Europa, „seinem“ Thema, zu tun hat? Offenbar zeigt die 36.000 Euro teure Medienschulung, für die der Fast-Ruheständler 2011 in die Kritik geraten ist, keine Wirkung.